

## Presseinformation

„Nicht mehr in den Klimaschutz zu investieren, ist genauso verfassungswidrig wie die Nichteinhaltung der Schuldenbremse oder der Haushaltsregeln“

Einordnung von Ove Petersen, CEO und Mitgründer von GP JOULE, zur Finanzierung der Energiewende und des Klimaschutzes nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über den Klima- und Transformationsfonds

---

Reußenköge, 24. November 2023

**Dem Klima- und Transformationsfonds und damit dem Bundeshaushalt fehlen nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts 60 Milliarden Euro. Nun herrscht in allen Teilen der Wirtschaft und Industrie, die sich auf den Weg Richtung Klimaschutz gemacht haben, große Unsicherheit. Was dabei untergeht: Nicht nur die Schuldenbremse, auch der Klimaschutz hat Verfassungsrang - und beides ließe sich leicht vereinbaren.**

Es gibt ein Recht der Menschen in Deutschland auf Klimaschutz – und eine Pflicht des Staates, diesen entschlossen zu betreiben. Das hat das Bundesverfassungsgericht vor zwei Jahren bekräftigt. Dass das gleiche Gericht nun entschieden hat, dass die Schuldenbremse einzuhalten ist und dass die Bundesregierung Kreditermächtigungen zur Bewältigung einer Notlage nicht einfach in einen anderen Fonds umschichten und über mehrere Jahre nutzen darf, ändert nichts an diesem Gebot zum Klimaschutz.

Und natürlich geht auch beides gut zusammen. Denn sowohl die Einhaltung der Schuldenbremse als auch der Klimaziele werden im Kern gleich begründet: Wir dürfen die Lasten nicht einfach auf nachfolgende Generationen abwälzen, weder die Schulden noch die Eindämmung des Klimakatastrophe.

Nun stellt sich die Frage: Wie verbinden wir das Ziel Klimaschutz mit der Vorgabe, keine zu hohen Schulden zu machen? Die Antwort: Es muss alles wegfallen, was beiden Zielen zuwiderläuft. **Insbesondere die umwelt- und klimaschädlichen Subventionen, die sich vom Dieselprivileg bis zur Energiesteuerbefreiung auf Flugkerosin laut Umweltbundesamt auf jährlich 65 Milliarden Euro summieren, müssen so weit wie möglich gestrichen und die freiwerdenden Mittel zur klimafreundlichen Transformation genutzt werden.** Damit muss die Wende hin zu den Technologien, Arbeitsplätzen und zur Energieversorgung der Zukunft gestemmt werden.

Wir brauchen die Wasserstoffproduktion, die Elektrolyse, um die Erneuerbaren ins Energiesystem zu integrieren. Dafür brauchen wir einen starken Maschinenbau und natürlich den weiteren Zubau an Wind- und Solarenergie, um uns günstig und nachhaltig mit Energie zu versorgen. Wir brauchen dekarbonisierte Prozesse, um die Industrie resilient und zukunftsfähig aufzustellen. Wir brauchen Investitionen auf der Verbraucherseite, um die Transformation nicht auszubremsen und den Bedarf und Absatz an grüner Energie in allen Sektoren zu erhöhen. Denn wenn die Investitionen in die Herstellung von grünem Stahl, in klimafreundlichen Treibstoff für den Flug- und

Schiffsverkehr und Wasserstoff für den Schwerlastverkehr heute nicht getätigt werden, fehlen uns nicht erst morgen die Abnehmer für den grünen Strom.

Die Erneuerbaren Energien, die Transformation der Industrie und die Dekarbonisierung aller Sektoren sind es, die den Standort Deutschland sichern. Davon profitieren die Unternehmen und das Land viel länger und nachhaltiger als beispielsweise vom Dieselpatent, das eine Technologie stützt, die uns schon bald eh niemand auf der Welt mehr abkauft.

**Sorgen sollten sich jetzt also nicht die Unternehmen, die den Wandel hin zur fossilfreien Wirtschaft vorantreiben. Sorgen sollten sich jene machen, die von klimaschädlichen Subventionen abhängen.**

Denn nicht mehr in den Klimaschutz zu investieren, ist genauso verfassungswidrig wie die Nichteinhaltung der Schuldenbremse oder der Haushaltsregeln. Und die nächste Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe liegt schon vor. Der Vorwurf: Die Regierung hält sich nicht an das eigene Klimaschutzprogramm.

#### **Bilder**



Ove Petersen, CEO und Mitgründer von GP JOULE



Investitionen in die Energiewende und den Klimaschutz müssen weitergehen.

Bildrechte: GP JOULE, zur honorarfreien Verwendung im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Einordnung von Ove Petersen, CEO und Mitgründer von GP JOULE, zur Finanzierung der Energiewende und des Klimaschutzes nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über den Klima- und Transformationsfonds

## **Über GP JOULE**

GP JOULE ist als integrierter Energieversorger in allen Bereichen der Energie-Wertschöpfungskette aktiv: von der Erzeugung bis zur Nutzung - und von der Beratung über die Finanzierung und Projektierung bis zum Bau und Service. GP JOULE produziert und vermarktet Wind- und Solarstrom, grünen Wasserstoff und Wärme und setzt die Energie dort ein, wo es am effektivsten ist: in der Elektro- und Wasserstoffmobilität, in Haushalten und in der Industrie. So gestaltet GP JOULE aus Deutschland heraus seit 2009 das Energiesystem mit Zukunft in Europa. Für eine sichere, unabhängige und nachhaltige Energieversorgung. Für 100 % erneuerbare Energie für alle.

GP JOULE wurde für das Wasserstoffmobilitätsprojekt eFarm mit dem Deutschen Mobilitätspreis 2022 ausgezeichnet.

### **Pressekontakt**

Jörn Kruse  
Unternehmenskommunikation  
GP JOULE Gruppe  
j.kruse@gp-joule.de  
Tel. +49 (0) 4671-6074-213  
Mobil +49 (0) 160-1540265

**GP JOULE GmbH** Cecilienkoog 16 • 25821 Reußenköge • [www.gp-joule.de](http://www.gp-joule.de)